

Antrag

des Abgeordneten Drabiniok und der Fraktion DIE GRÜNEN

Fahrpreiserhöhungen der Deutschen Bundesbahn

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die vom Verwaltungsrat der Deutschen Bundesbahn zum 1. Januar 1984 beschlossenen Fahrpreiserhöhungen im Personenverkehr nicht zu genehmigen. Ist eine Genehmigung bereits erteilt, soll die Bundesregierung diese Genehmigung widerrufen oder im Sinne dieses Antrags von § 16 Abs. 4 des Bundesbahngesetzes Gebrauch machen.

Bonn, den 15. November 1983

Drabiniok

Beck-Oberdorf, Schily, Kelly und Fraktion

Begründung

Die vom Verwaltungsrat der Deutschen Bundesbahn beschlossenen Fahrpreiserhöhungen sind aus sozialpolitischen, umweltpolitischen, verkehrspolitischen und wirtschaftlichen Gründen verfehlt. In den letzten Jahren wurden die Fahrpreise im Personenverkehr der Deutschen Bundesbahn bereits mehrmals zum Teil erheblich heraufgesetzt, so daß sie schon heute als überhöht bezeichnet werden müssen. Die zusätzlichen Fahrpreiserhöhungen zum 1. Januar 1984 werden zu einem weiteren Fahrgastrückgang bei der Deutschen Bundesbahn führen und noch mehr Kunden zur Abwanderung zum Individualverkehr bewegen. Angesichts wachsender Umweltschäden, dem dramatisch fortschreitenden Waldsterben und der Zunahme von Toten und Verletzten im Straßenverkehr muß die Verkehrspolitik darauf abzielen, das Umsteigen auf die umweltfreundliche, energiesparende und sichere Bundesbahn zu fördern. Fahrpreiserhöhungen bewirken genau das Gegenteil. Wenn der Kampf gegen das Waldsterben und dem Chaos auf unseren Straßen nicht nur ein Lippenbekenntnis bleiben soll, müssen diese Fahrpreiserhöhungen abgelehnt werden.

Die überproportionale Erhöhung der Fahrpreise im Nahverkehr – insbesondere im Schüler- und Berufsverkehr – trägt zusätzlich

dazu bei, daß besonders die Auslastung der Züge im Nahverkehr durch Abwanderungen noch geringer wird. Die Kunden werden also dort am stärksten verdrängt, wo die Bundesbahn sie am nötigsten braucht. Das offensichtliche Ziel dieser Preispolitik ist es, den Schienenpersonennahverkehr so unattraktiv zu gestalten, daß die Folgen dieser Fahrpreiserhöhungen gleichzeitig zur Rechtfertigung für weitere Streckenstillegungen und Fahrplanausdünnungen herangezogen werden. Zudem werden die treuesten Kunden der Bundesbahn vergrault und all die vernünftigen Menschen bestraft, die sich die Sorge um unsere Umwelt zu eigen gemacht haben und deshalb das Auto abgeschafft oder stehen gelassen haben und auf die Bundesbahn umgestiegen sind.

Am höchsten sollen die Fahrpreise im Schüler- und Berufsverkehr angehoben werden. Diese Preissteigerung ist nicht nur ungerechtfertigt, sondern auch in hohem Maße unsozial. Es werden gerade die Fahrgäste mit niedrigem Einkommen getroffen, die durch die „Sparpolitik“ der Bundesregierung schon mehr als genug zur Kasse gebeten werden sollen. Auch müssen viele Schüler z.B. nun nicht nur ohne BAföG-Zahlungen auskommen, sondern darüber hinaus sollen sie auch noch mehr Geld für die Fahrt zur Schule aufbringen. Eine solche Politik ist unsozial und deshalb abzulehnen!

Zudem haben die Erfahrungen gezeigt, daß Fahrpreiserhöhungen durch Abwanderungen von Bahnkunden kompensiert werden, so daß letztendlich kaum mit Mehrerlösen zu rechnen ist.